

Dorfsgemeinde-
ordnung 1893.

Ortschaftsgemeinde-
ordnung 1841.

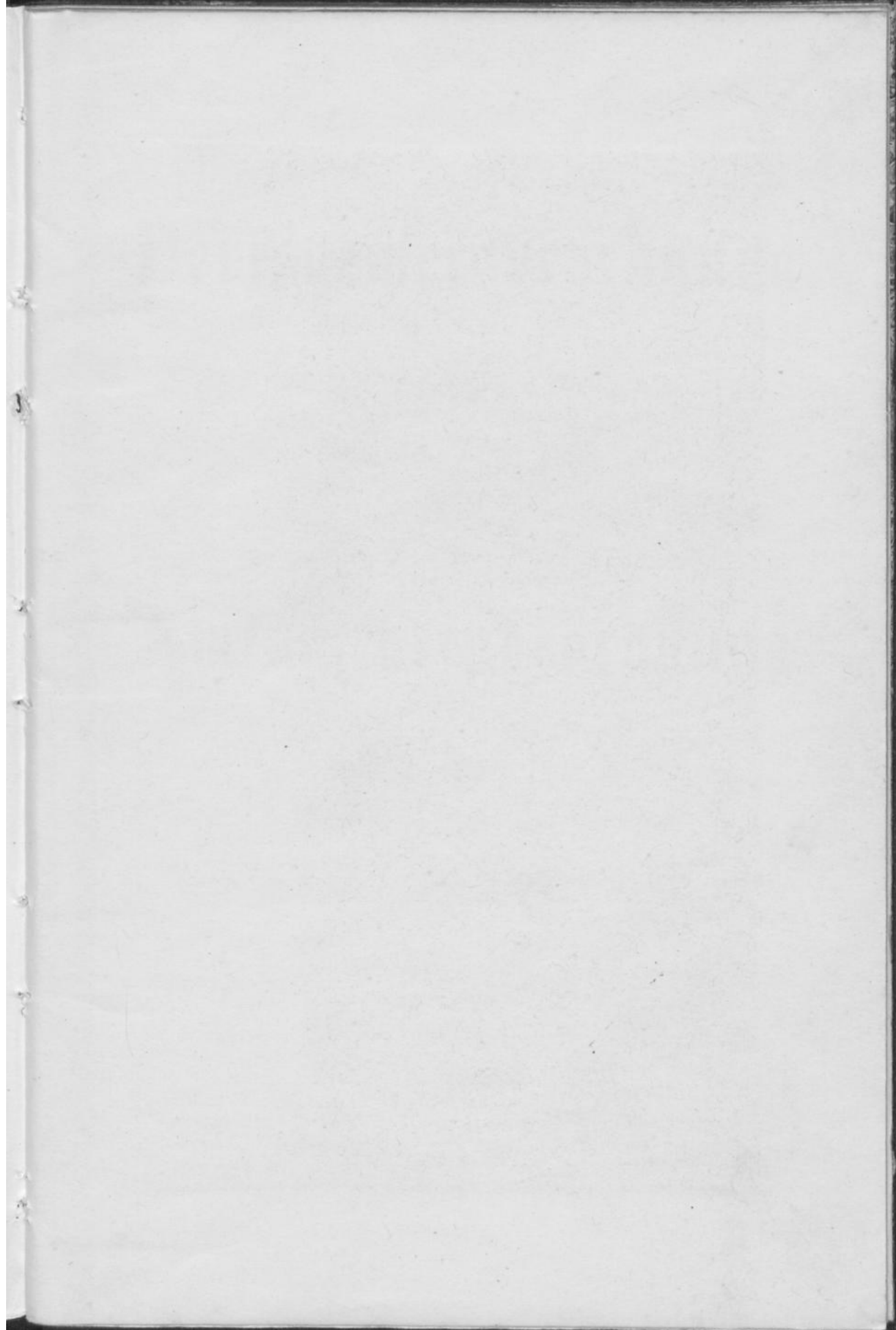
893.

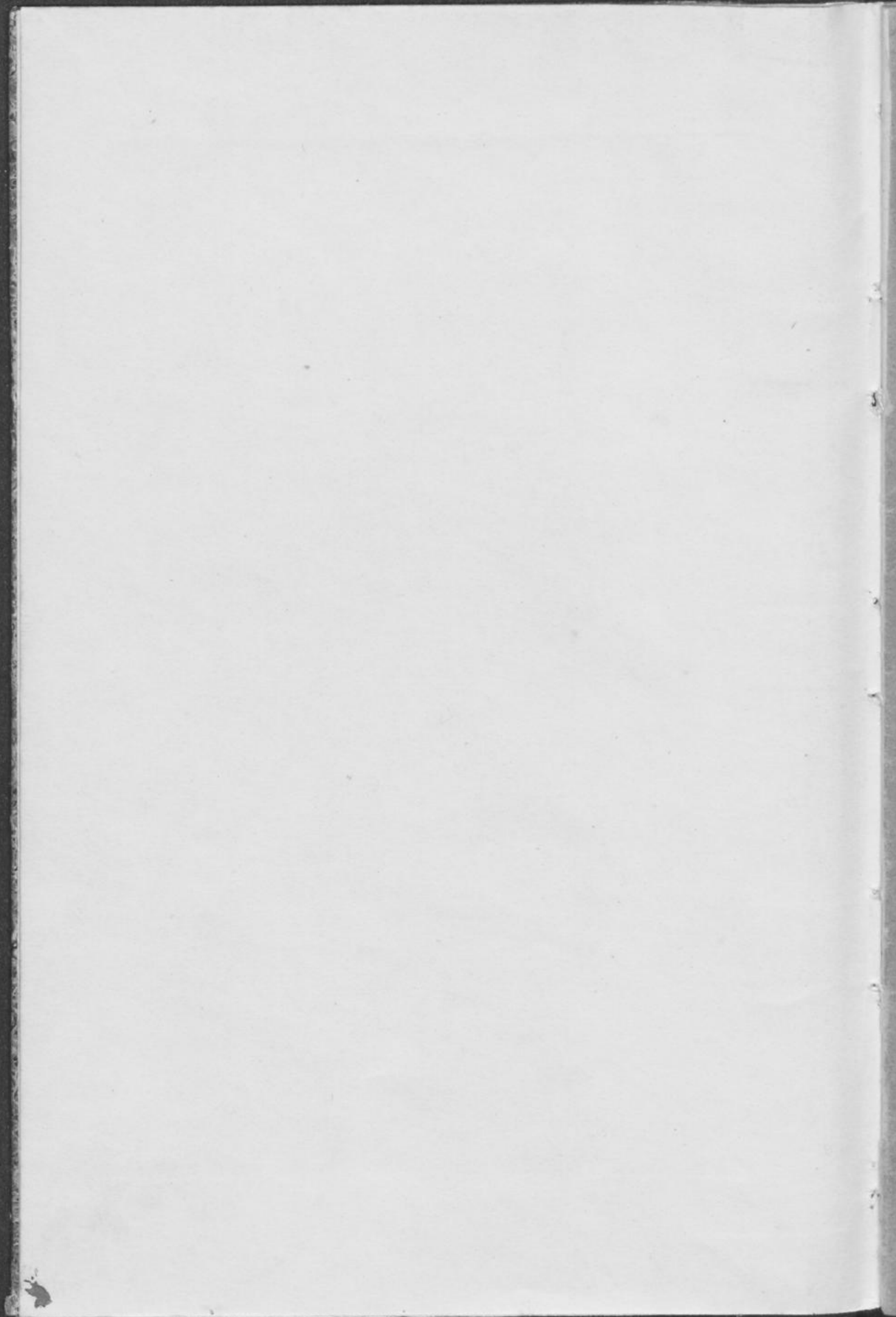
E
O

28 40

~~28 40~~

Sep.







Dorfsgemeindeordnung

in der Fassung des Gesetzes

vom 18. April 1893

nebst

Amtsgemeindeordnung

vom 2. März 1841.



Detmold 1893

Meyersche Hofbuchdruckerei
(Quentin).

o. H. 2632. ge.

LE 40

Alle Rechte vorbehalten.

Bekanntmachung,
betreffend die neue Fassung der Dorfs Gemeindeordnung.
Vom 18 April 1893.

Mit Höchster Genehmigung wird die Dorfs Gemeindeordnung vom 2. März 1841 auf Grund des Artikels 4 des Gesetzes vom 18. April 1893, betreffend die Aenderung der Gemeindeordnung vom 2. März 1841, in der Fassung, welche sie durch dies Gesetz erhalten hat, nachstehend bekannt gemacht.

Detmold, den 18. April 1893.

Fürstliches Kabinets-Ministerium.
von Wolffgramm.

Erklärung

betreffend die neue Fassung der Dorfgemeinschaftsordnung.

Vom 18. April 1893.

Die hiesige Dorfgemeinschaft ist nach der Dorfgemeinschaftsordnung vom 2. März 1841 auf Grund des Artikels 4 des Gesetzes vom 18. April 1893, betreffend die Änderung der Gemeindeordnung vom 2. März 1841, in der Fassung, welche sie durch das Gesetz erhalten hat, nachstehend bekannt gemacht.

Detmold, den 18. April 1893.

Fürstlicher Ratsherr-Administrator.

von Wolfgramm.

I. Dorfgemeindeordnung.

§ 1.

Es bestehen auf dem platten Lande Dorfs- und Amtsgemeinden.

§ 2.

Die Bewohner einer Bauerschaft, mit Einschluß der Flecken Bösingfeld, Alverdissen und Varenholz, bilden die Dorfgemeinde.

Mehrere kleine Ortschaften können, wenn es für zweckmäßig erachtet werden sollte, zu einer Bauerschaft oder Dorfgemeinde vereinigt werden.

Die (vormals) landtagsfähigen Rittergüter und herrschaftlichen Meiereien gehören nicht zu dem Dorfgemeinde-Verbande, insofern sie sich nicht vermittelt gegenseitiger freier Uebereinkunft demselben anschließen.

§ 3.

Wo örtliche Verhältnisse es wünschenswerth machen, können für einzelne Gemeinden auf deren Antrag Orts-Statuten errichtet werden. Diese bedürfen der Genehmigung der Regierung, ohne welche sie auch nicht aufgehoben oder abgeändert werden können.

Sie dürfen keine mit dem gegenwärtigen Gesetz in Widerspruch stehende Bestimmungen enthalten.

§ 4.

Alle Gemeindeangehörige haben, unbeschadet der etwa durch Stiftungen und sonstige privatrechtliche Titel begründeten besonderen Verhältnisse, einerseits vorbehältlich der weiteren Bestimmung in § 5 das Recht, an den öffentlichen Einrichtungen

und Anstalten der Gemeinde, sowie an dem Gemeindegute und dessen Nutzungen theilzunehmen, wie andererseits die Verpflichtung, zu den Gemeindelasten einschließlich der Verzinsung und Tilgung der bei ihrem Eintritt etwa schon vorhandenen Schulden nach Vorschrift dieses Gesetzes beizutragen.

Ueber Zweifel und Streitigkeiten wird im Verwaltungswege entschieden.

Durch die den Gemeindeangehörigen eingeräumten vorstehenden Rechte werden die den Gemeinden gesetzlich zustehenden Ausweisungsbefugnisse nicht beschränkt.

§ 5.

Die Theilnahme an den besonderen Nutzungen des Gemeindegutes kann von der Zahlung eines Beitrittsgeldes abhängig gemacht werden. Die näheren Bestimmungen bedürfen vorab der Regelung durch Gemeindestatut.

§ 6.

Das Gemeindebürgerrecht besteht in dem Rechte der Theilnahme an den Gemeindewahlen, sowie in der Wählbarkeit zu Ehren-Ämtern und Funktionen in der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung.

§ 7.

Jeder im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche, selbstständige, männliche Angehörige des Deutschen Reichs erwirbt das Gemeindebürgerrecht, wenn er seit zwei Jahren der Gemeinde angehört, während dieser Zeit zu den Gemeindesteuern beigetragen bzw. direkte Staatssteuern entrichtet hat (s. § 20, Abs. 1).

Als selbstständig im Sinne dieses Gesetzes sind Personen nicht anzusehen, welche

- 1., das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder
- 2., in dem Rechte, ihr Vermögen zu verwalten und über dasselbe zu verfügen, durch gerichtliche Verordnung beschränkt sind, oder
- 3., im Dienste eines Andern stehen und keine eigene Wohnung haben.

Unter Gemeindesteuern im Sinne dieses Gesetzes sind stets die Dorfs- und Amtsgemeindesteuern zu verstehen.

§ 8.

Verlegt ein im Besitze des Gemeindebürgerrechts befindlicher Gemeindeangehöriger seinen Wohnsitz in eine andere Gemeinde, so kann ihm das Gemeindebürgerrecht in derselben, wenn sonst die Erfordernisse zu dessen Erwerbung vorhanden sind, durch den Vorstand im Einverständniß mit der Gemeindevertretung schon vor Ablauf von zwei Jahren (§ 7) verliehen werden.

§ 9.

Der Vorstand einer Gemeinde ist im Einverständniß mit der Gemeindevertretung befugt, Männern, welche sich um die Gemeinde besonders verdient gemacht haben, ohne Rücksicht auf die in § 7 gedachten besonderen Erfordernisse das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, womit die Pflichten der Gemeindebürger nicht verbunden sind.

§ 10.

Das Gemeindebürgerrecht wird verloren:

- 1., durch den Verlust der Selbstständigkeit, § 7, Ziffer 2 und 3:
- 2., durch das Aufgeben des Wohnsitzes in der Gemeinde;
- 3., durch den Eintritt des Unvermögens, zu den Gemeindesteuern beizutragen, bezw. direkte Staatssteuern zu entrichten.

§ 11.

Das Gemeindebürgerrecht ruhet, wenn gegen den Berechtigten wegen eines Verbrechens die Verurteilung in den Anklagestand oder wegen eines Vergehens, welches die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben muß oder kann, die Verweisung an das Strafgericht ausgesprochen, oder wenn derselbe zur gerichtlichen Haft gebracht oder unter Polizeiaufsicht gestellt, oder in Konkurs gerathen, oder seiner bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt ist, und zwar bis dahin, wo die gerichtliche Untersuchung oder die gerichtliche Haft oder die Polizeiaufsicht oder der Konkurs beendet, oder die für die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte im Urtheil bestimmte Zeit abgelaufen ist.

§ 12.

Der Verlust des Gemeindebürgerrechts hat den dauernden Verlust der dasselbe als Bedingung voraussetzenden

Aemter und Funktionen, das Ruhen desselben die Suspension von diesen Aemtern und Funktionen zur Folge. Nur im Fall der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte tritt auch hier der dauernde Verlust jener Aemter und Funktionen ein.

§ 13.

Die Gemeindebürger sind verpflichtet, Ehren=Aemter und einzelne Geschäfte in der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde zu übernehmen.

Zur Ablehnung oder Niederlegung solcher Ehren=Aemter und Geschäfte berechtigen folgende Gründe:

- 1., anhaltende Krankheit,
- 2., Alter von 60 Jahren,
- 3., Geschäfte, die eine häufige und langandauernde Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen,
- 4., Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamts, sowie ärztliche Praxis,
- 5., sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Gemeindevertretung eine gültige Entschuldigung begründen.

Wer ein Ehren=Amt in der Verwaltung oder Vertretung der Gemeinde während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer versehen hat, kann die Uebernahme desselben oder eines anderen Ehren=Amts für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Jede Ablehnung oder Niederlegung eines Amtes ist mit den Gründen beim Gemeinde=Vorstande schriftlich einzubringen oder zu Protokoll zu geben.

Ueber die Zulässigkeit eines solchen Antrages entscheidet die Gemeindevertretung und auf erfolgte Berufung endgültig die nächste vorgesetzte Verwaltungsbehörde.

§ 14.

Wer ohne einen genügend anerkannten Grund die Annahme eines Ehren=Amtes in der Verwaltung oder Vertretung der Gemeinde verweigert oder dasselbe vorzeitig niederlegt, sowie derjenige, welcher ohne einen solchen Grund der Verwaltung des Amtes sich thatsächlich entzieht, verliert während des Zeitraums, für welchen er verpflichtet war, das Amt zu

verwalten, das Stimmrecht in der Gemeinde und kann außerdem während dieser Zeit bis zu $\frac{1}{3}$ höher mit direkten Gemeindesteuern belastet werden.

§ 15.

Hof-, Domanial- und Staatsbeamte, Geistliche und Lehrer an öffentlichen Schulen bedürfen zur Annahme der Wahl zu einem Amte in der Verwaltung oder Vertretung der Gemeinde der Genehmigung der ihnen vorgesetzten Behörde. Diese Genehmigung kann jederzeit zurückgenommen werden.

§ 16.

Jeder, welcher in einer Gemeinde des Landes seinen Wohnsitz nimmt, und jeder Bewohner des Gemeindebezirks, welcher einem Neuzuziehenden Wohnung und Unterkommen gewährt, hat dies nach Maßgabe der Verordnung vom 19. Februar 1883 über das öffentliche Meldewesen (L.=B. 19, S. 11) und bei Meldung der darin angedrohten Strafe, dem Gemeindevorstande zu melden.

§ 17.

Die Dorfsngemeinde wird durch einen Vorstand und einen Gemeindevausschuß vertreten. Der Gemeindevausschuß besteht bei einer Einwohnerzahl bis zu 800 Seelen aus 6, über 800 Seelen aus 12 nach den Bestimmungen der §§ 19 und folg. gewählten Mitgliedern. Die Zahl der Gemeindevausschußmitglieder kann durch Ortsstatut in großen Gemeinden auf 18 erhöht, in kleinen auf 3 herabgesetzt werden. Für die Berechnung der Einwohnerzahl ist die letzte Volkszählung maßgebend.

§ 18.

Fallen im Laufe einer Wahlperiode (§ 31) Mitglieder des Gemeindevausschusses aus, so werden für die Zeit, für welche die Ausgefallenen gewählt waren, von den betreffenden Klassen (§ 20) Ersatzwahlen vorgenommen.

§ 19.

Jeder das Gemeindevbürgerrecht einer Dorfsngemeinde besitzende Bewohner (§§ 7, 8) kann zum Mitgliede des Gemeindevausschusses gewählt werden, jedoch mit folgenden Ausnahmen und Beschränkungen:

Mitglieder des Gemeindeausschusses können nicht sein:

- 1., die Mitglieder derjenigen Verwaltungsbehörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Gemeinde geübt wird;
- 2., die Beamten, Hülfssbeamten und Diener der Gemeinde;
- 3., Vater und Sohn, wenn einer von ihnen bereits Mitglied des Gemeindeausschusses oder Gemeindevorstandes ist, oder in den letzteren gewählt wird. Werden sie zugleich zu Mitgliedern des Gemeindeausschusses gewählt, so tritt derjenige ein, welcher die meisten Stimmen hat. Bei gleichen Stimmen entscheidet das höhere Lebensalter.

§ 20.

Zum Zweck der Wahl der Gemeindeausschuß-Mitglieder werden die Wahlberechtigten vom Gemeindevorstande nach dem Betrage der von ihnen zu entrichtenden direkten Gemeindesteuern, oder, wo solche nicht erhoben werden, nach dem Betrage der direkten Staatssteuern in drei Klassen so eingetheilt, daß jede derselben ein Drittel der gedachten Steuern darstellt.

Das Vermögen der Ehefrau und der in väterlicher Gewalt stehenden Kinder wird dem Ehemanne und Vater bei Berechnung seines Steuerbetrages angerechnet.

Wer in einer Gemeinde an direkten Gemeindesteuern oder, wo solche nicht erhoben werden, an direkten Staatssteuern, soviel entrichtet, wie einer der zehn höchstbesteuerten Gemeindewähler, ist, auch ohne in der betreffenden Gemeinde Gemeindebürger zu sein (§ 7) zur Theilnahme an den Wahlen berechtigt, kann dieses Wahlrecht jedoch nur durch einen Gemeindebürger und auch nur dann, wenn ihm die bürgerlichen Ehrenrechte nicht entzogen sind, ausüben.

Dieselbe Berechtigung haben auch juristische Personen, wenn sie zu den zehn Höchstbesteuerten in der Gemeinde gehören.

Wer in einer Gemeinde an direkten Gemeindesteuern oder, wo solche nicht erhoben werden, an direkten Staatssteuern soviel entrichtet, wie einer der zehn höchstbesteuerten Gemeindewähler, ist, auch ohne in der betreffenden Gemeinde zu wohnen, zur Theilnahme an den dortigen Wahlen berechtigt

und kann dieses Wahlrecht auch durch einen Gemeindebürger ausüben, vorausgesetzt, daß er, wenn er im Gemeindebezirke seinen Wohnsitz hätte, daselbst zur Erwerbung des Bürgerrechts befähigt sein würde.

Wahlberechtigten Söhnen von Wittwen, welche für diese den Hof bewirthschaften oder deren Gewerbe betreiben, wird bei Berechnung ihres Steuerbetrages das Vermögen der Mutter mit angerechnet, sofern letztere nicht schon nach Obigem wahlberechtigt ist.

Bewirthschaften mehrere Söhne den Hof oder betreiben mehrere das Gewerbe, so wird jenes Vermögen dem ältesten von ihnen angerechnet.

Die erste Klasse besteht aus denjenigen, welche die höchsten Beträge bis zum Belaufe eines Drittels des Gesamtbetrages der obigen Steuern entrichten.

Die übrigen Wähler bilden die zweite und dritte Klasse. Jede dieser Klassen reicht bis zu einem Drittel der Gesamtsteuer aller Wahlberechtigten. Fällt der Steuerbetrag eines Wahlberechtigten in zwei Klassen, so hat derselbe in derjenigen Klasse sein Wahlrecht auszuüben, in welche der größere Theil der in Betracht kommenden Steuern fällt.

Läßt sich nach dem Steuerbetrage nicht bestimmen, welcher unter mehreren Wählern zu einer Klasse zu rechnen ist, so entscheidet das Loos.

Jede Klasse wählt ein Drittel der Mitglieder des Gemeindeausschusses, ohne dabei an die Wähler der Klasse gebunden zu sein.

§ 21.

Die Listen der Wahlberechtigten in den einzelnen Klassen werden vom Gemeindevorstande für jede Wahl mindestens vier Wochen vor derselben aufgestellt, und sind dabei alle Gemeindebürger, deren Bürgerrecht ruht, zu übergehen.

Für innerhalb eines Jahres erforderliche Neuwahlen findet die Aufstellung neuer Listen nicht statt.

Die Listen sind zu Jedermanns Einsicht mindestens 4 Wochen vor der Wahl eine Woche lang auszulegen. Der Tag, an welchem die Auslegung beginnt, sowie das Lokal, in welchem sie stattfindet, ist vorher in ortsüblicher Weise zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

§ 22.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dieses innerhalb einer Woche vom Beginn der Auslegung dem Gemeinde-Vorstande anzeigen, dessen Entscheidung binnen einer weiteren Woche erfolgen und unter Angabe der Gründe den Betheiligten schriftlich eröffnet werden muß.

Gegen die Entscheidung des Gemeinde-Vorstandes kann binnen einer Woche Beschwerde bei der zunächst vorgesetzten Verwaltungsbehörde erhoben werden, und ist von dieser die endgültige Entscheidung vor dem Wahltag zu treffen, von derselben auch dem Betheiligten durch Vermittelung des Gemeinde-Vorstandes Kenntniß zu geben.

§ 23.

Nur die in der Stimmliste aufgeführten Personen selbst sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt. Eine Stellvertretung bei derselben ist unzulässig, mit Ausnahme der Fälle im § 20, Abs. 3, 4 und 5.

§ 24.

Die Wahl geschieht unter dem Voritze und der Leitung des Gemeinde-Vorstehers, sowie eines Protokollführers, durch Abgabe von Stimmzetteln.

Der Vorsitzende ernennt aus der Zahl der wahlberechtigten Gemeindemitglieder mindestens einen Wahlhelfen.

§ 25.

Die Wahl der Gemeindevorstandesmitglieder findet im Monat November oder December des betreffenden Jahres statt und ist spätestens eine Woche vor dem Wahltermine in der für öffentliche Bekanntmachungen bestimmten Weise zur allgemeinen Kunde zu bringen, wobei Ort, Tag, Anfang und Ende der für die Abgabe der Stimmzettel festgesetzten Zeit genau anzugeben sind.

Jede einzelne Klasse der Wahlberechtigten hat zu verschiedenen Zeiten mit der Wahl zu verfahren. Die Wahlen der dritten Klasse erfolgen zuerst, die der ersten zuletzt.

§ 26.

In der Wahlversammlung haben nur die Wähler Zutritt, und es wird Niemand zur Abgabe seiner Stimme zugelassen,

der nicht in die vom Gemeinde-Vorsteher aufgestellte Stimm-
liste aufgenommen oder auf erhobene Beschwerde nachträglich
zugelassen oder der bevollmächtigte Vertreter eines nach § 20,
Abs. 3, 4 und 5 in die Stimmliste Aufgenommenen ist.

Die Stimmzettel, welche nicht mit Namensunterschrift
versehen werden dürfen und von weißem Papier und ohne
äußere Kennzeichen sein müssen, sind von den Wahlberech-
tigten mit den Namen sovieler Gemeindebürger zu versehen,
wie Mitglieder des Gemeindeausschusses gewählt werden
sollen, zusammengefaltet einzeln abzugeben und von dem
Gemeindevorsteher in einem Gefäße zu sammeln, demnächst
aber einzeln herauszunehmen und zum Zweck des Vermerks
in die vom Protokollführer zu führende und dem Protokoll
anzulegende besondere Abstimmungsliste laut zu verlesen.

Stimmzettel von nicht weißem Papier oder mit äußeren
Kennzeichen versehen, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen.

Der Protokollführer oder ein Wahlgehülfe vermerkt die
Stimmabgabe jedes Wählers neben dem Namen desselben in
der Stimmliste.

§ 27.

Nach Ablauf der für die Abgabe der Stimmzettel fest-
gesetzten Zeit ist kein Stimmzettel mehr anzunehmen.

Finden sich auf einem Stimmzettel mehr oder weniger
Namen als erforderlich oder ein oder einige Namen nicht
wählbarer Personen, so wird dadurch die Gültigkeit desselben
nicht aufgehoben. Es sind aber die lezten auf dem Stimm-
zettel überzählig enthaltenen oder die ungültigen Namen als
nicht beigelegt zu betrachten.

Zwei oder mehrere in einer Zusammenfaltung übergebene
Stimmzettel sind sämtlich für ungültig zu erklären.

Unleserliche Namen oder solche, bei denen es zweifelhaft
bleibt, welcher Person die Stimme hat gegeben werden
sollen, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

§ 28.

Gewählt sind diejenigen als Mitglieder des Gemeinde-
ausschusses, welche bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten
haben. (Relative Stimmenmehrheit.)

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, welches
vom Gemeinde-Vorsteher gezogen wird.

Nach der Stimmzählung sind die sämtlichen Stimmzettel zu versiegeln und bis nach Ablauf der in § 29 bezeichneten Frist und nach Erledigung der innerhalb derselben etwa erhobenen Einwendungen aufzubewahren, dann aber zu vernichten.

§ 29.

Das über die Wahlhandlung aufzunehmende Protokoll ist nach geschעהer Vorlesung vom gesammten Wahlvorstande zu unterzeichnen und sodann mit der Stimmliste zur Einsicht der Wahlberechtigten auf 7 Tage offen auszulegen.

Innerhalb dieser Frist kann jeder Wahlberechtigte wegen des stattgehabten Wahlverfahrens im Verwaltungswege Beschwerde erheben, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hat.

Etwa vorgekommene Unregelmäßigkeiten machen die Wahlhandlung nur dann ungültig, wenn sie auf das Ergebniß der Wahl von Einfluß gewesen.

§ 30.

Innerhalb der im § 29 vorgeschriebenen Frist benachrichtigt der Wahlvorsteher die Erwählten einzeln und fordert sie unter Hinweis auf die §§ 13, 14 bezw. 15 auf, sich über die Annahme der Wahl binnen 3 Tagen von der Benachrichtigung ab zu erklären.

Die neu erwählten Gemeindevausschußmitglieder treten mit dem Anfange des auf ihre Wahl folgenden Kalenderjahres ihr Amt an.

§ 31.

Die Gemeindevausschußmitglieder werden auf sechs Jahre gewählt. Alle drei Jahre tritt in denjenigen Gemeinden, in denen der Gemeindevausschuß aus mehr als 3 Mitgliedern besteht, die Hälfte der von jeder Klasse Gewählten aus.

Welche Gemeindevausschußmitglieder drei Jahre nach Einführung des gegenwärtigen Gesetzes auszutreten haben, bestimmt das Loos.

Die Austretenden sind sofort wieder wählbar, können jedoch für die nächsten drei Jahre die Wiederwahl ablehnen (§ 13).

§ 32.

Der Gemeindevausschuß ist berufen, über alle Angelegenheiten der Gemeinde oder sonst ihm überwiesene Gegenstände zu berathen und zu beschließen.

Zu solchen Angelegenheiten der Gemeinde gehören namentlich die Wahl des Vorstandes (s. u. § 41), die Feststellung des Voranschlags zur Gemeinderrechnung, sowie die Abnahme der Gemeinderrechnung und Ertheilung der Entlastung, die Errichtung und Abänderung der örtlichen Statuten, der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken, die Aufnahme von Schuldkapitalien, die Erhebung von Prozessen zc.

§ 33.

Die Mitglieder des Gemeindeausschusses bekleiden ein Ehrenamt und haben nur Anspruch auf Ersatz baarer Auslagen.

§ 34.

In den Sitzungen des Gemeindeausschusses führt der Gemeinde-Vorsteher (§ 39) bzw. dessen Stellvertreter den Vorsitz und hat neben den übrigen Mitgliedern ein Stimmrecht. Der Gemeindeausschuß versammelt sich auf Berufung des Vorstehers, so oft das Bedürfniß es erfordert; die Berufung muß erfolgen, sobald ein Drittel der Gemeindeausschuß-Mitglieder dieselbe verlangt.

Die Zusammenberufung erfolgt unter Vorlegung der schriftlichen Einladung (Rundschreiben), worin die Gegenstände der Verhandlung näher angegeben sind. Sie erfolgt mit Ausnahme dringender Fälle mindestens zwei Tage vor der Versammlung.

§ 35.

Wer an der Versammlung theil zu nehmen verhindert ist, hat sein Ausbleiben so zeitig bei dem Vorsitzenden zu entschuldigen, daß nöthigenfalls eine andere Zeit für die Sitzung gewählt werden kann. Wenn in Folge des Ausbleibens mehrerer Mitglieder die Versammlung beschlußunfähig wird, so ist den Erschienenen auf deren Verlangen von den ohne Entschuldigung Ausgebliebenen eine Wegegebühr zu vergüten und wird auf Kosten derselben eine andere Sitzung anberaumt. Ueber die Entschuldigungsgründe, sowie über die Höhe der Wegegebühren entscheidet endgültig der Gemeindeausschuß.

§ 36.

Der Gemeindeausschuß kann nur Beschlüsse fassen, wenn wenigstens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind.

Eine Ausnahme hiervon findet statt, und zwar nur hinsichtlich des betreffenden Gegenstandes, wenn die Gemeindeausschuß-Mitglieder in Folge mangelnder Beschlußfähigkeit zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand berufen und dennoch nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Zusammenberufung muß aber auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

Die Beschlüsse werden nach einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Wer, obgleich erschienen, nicht mitstimmt, wird zwar als anwesend betrachtet und auch bei der Beurtheilung der Beschlußfähigkeit der Versammlung mitgezählt; die Stimmenmehrheit wird aber lediglich nach der Zahl der Stimmenden berechnet. Diejenigen welche sich der Abstimmung enthalten, sind einzeln im Protokolle aufzuführen.

§ 37.

Wer bei einer Angelegenheit aus einem Privatinteresse unmittelbar betheiligt ist, soll zwar zur Auskunftsertheilung gehört werden, darf aber an der Berathung und Beschlußfassung darüber nicht theilnehmen.

§ 38.

Die wahlberechtigten Gemeindemitglieder haben freien Zutritt zu den Sitzungen des Gemeindeausschusses. Für einzelne Gegenstände kann jedoch durch einen in geheimer Sitzung zu fassenden Beschluß der freie Zutritt ausgeschlossen werden.

§ 39.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen und handhabt die Ordnung in der Versammlung. Er kann jeden Zuhörer aus dem Sitzungszimmer entfernen lassen, welcher Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens giebt oder sich irgend eine Ruhestörung zu Schulden kommen läßt.

Für die Verhandlungen kann innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen eine besondere Geschäftsordnung festgestellt werden.

§ 40.

Ueber die in jeder Sitzung des Gemeindeausschusses gefaßten Beschlüsse ist unter Aufführung der dabei anwesenden Mitglieder von dem Vorsitzenden oder einem dazu bereitwilligen Mitgliede des Gemeindeausschusses oder einer sonst dazu geeigneten Persönlichkeit ein Protokoll aufzunehmen, welches nach geschehener Vorlesung und Genehmigung vom Vorsitzenden, dem Protokollführer und wenigstens zwei anderen Mitgliedern unterzeichnet werden muß.

§ 41.

Der Vorstand einer Dorfgemeinde besteht aus dem Gemeindevorsteher und einem oder mehreren Beigeordneten. Das Nähere über die Anzahl der letzteren bestimmt das Gemeindestatut, und es sollen bis zur Errichtung eines solchen überall zwei gewählt werden.

Das Amt des Gemeindevorstandes ist ein Ehrenamt und kann nur aus den im § 13 angegebenen Gründen abgelehnt oder niedergelegt werden. Der Gemeindevorsteher erhält jedoch außer der Erstattung seiner baaren Auslagen auf seinen Antrag eine jährliche Dienstentschädigung, welche vom Gemeindeausschusse festgesetzt wird und mindestens 10 Mark für je 100 Einwohner betragen soll.

§ 42.

Die Gemeindevorsteher werden unter Leitung des bisherigen Gemeindevorstehers von den Mitgliedern des Gemeindeausschusses in dessen Versammlungslokale aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindeglieder auf sechs Jahre gewählt.

§ 43.

Findet sich in einer Dorfgemeinde keine zum Amte eines Gemeindevorstehers vom Gemeindeausschuß als geeignet erachtete Person, so ist dieser befugt, entweder eine außerhalb der Gemeinde wohnende mit Genehmigung der vorgesetzten Verwaltungsbehörde zum Gemeindevorsteher zu wählen, oder die Geschäfte desselben dem Vorsteher einer benachbarten Gemeinde zu übertragen. Zur Uebernahme des Amtes sind indeß diese Personen nicht verpflichtet, sie werden aber durch dessen Uebernahme Mitglieder des Gemeindeausschusses.

Macht die Gemeinde von dieser Befugniß keinen Gebrauch, so ist für sie ein besoldeter Gemeindevorsteher von der Regierung zeitweise, zunächst auf ein Jahr, kommissarisch zu bestellen und demselben eine mit dem Gemeindeausschuß zu vereinbarende, aus der Gemeindefasse zu zahlende Vergütung auszuwerfen.

Der kommissarisch bestellte Vorsteher kann auch mehrere benachbarte Landgemeinden verwalten.

§ 44.

Jedes stimmberechtigte Gemeindeglied kann zum Gemeindevorsteher gewählt werden mit Ausnahme der Mitglieder der vorgesetzten Aufsichtsbehörden, der Geistlichen, Lehrer, sowie Hülfssbeamten und Diener der Gemeinde.

§ 45.

Zur Gültigkeit der Wahl ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Gemeindeausschuß-Mitglieder erforderlich.

Wer, obgleich erschienen, von seinem Wahlrechte keinen Gebrauch macht, oder vor beendeter Wahl sich entfernt, wird als anwesend mitgezählt.

§ 46.

Die Wahlen erfolgen vermittelst Abgabe zusammengefalteter, nicht mit Namensunterschrift zu versehenen Stimmzettel. Gewählt ist Derjenige, welcher mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen (absolute Mehrheit) erhalten hat.

Hat sich eine solche absolute Stimmenmehrheit nicht herausgestellt, so werden diejenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl gebracht.

Wenn beim ersten Wahlgange nur zwei Personen und zwar jede Person gleich viele Stimmen erhalten haben, so entscheidet sofort das Loos.

In allen übrigen Fällen, in denen auf mehrere Personen gleich viele Stimmen gefallen sind, entscheidet das Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist.

Tritt bei der engeren Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet ebenfalls das Loos.

Das Loos wird in allen Fällen von dem Vorsitzenden gezogen.

§ 47.

Die Bestätigung des Gemeindevorstehers erfolgt (nach vorgängigem Bericht des Wahlleiters) durch das Fürstliche Verwaltungsamt. Wegen Verweigerung der Bestätigung kann Beschwerde bei der Regierung erhoben werden.

Die Verpflichtung des Erwählten geschieht demnächst durch das Verwaltungsamt vermittelt der folgenden Eidesformel:

„Ich schwöre Treue Seiner Durchlaucht dem Fürsten, gewissenhafte Beobachtung der Staatsverfassung und der Gesetze, sowie treue Wahrnehmung der mir übertragenen Obliegenheiten, so wahr mir Gott helfe.“

Bei einer Wiederwahl genügt die Verweisung auf den früher geleisteten Eid.

Erfolgt die Bestätigung eines Erwählten nicht, so kann derselbe nicht von neuem gewählt werden.

Im äußersten Falle tritt eine kommissarische Verwaltung ein.

§ 48.

Die ordentlichen Wahlen des Gemeindevorstehers sind im Monat September oder October des betreffenden Jahres in der betreffenden Gemeinde an einem von dem jeweiligen Vorsteher zu bestimmenden Tage vorzunehmen.

Der Amtsantritt erfolgt mit dem nächsten Jahre.

§ 49.

Geht der Gemeindevorsteher vor der sechsjährigen Periode (§ 42) ab, so ist für die noch übrige Zeit innerhalb 4 Wochen zu einer außerordentlichen Wahl zu schreiten, wenn nicht etwa von dem Gemeindevorsteher mit Zustimmung des Verwaltungsamtes deren Aussetzung bis zur nächsten allgemeinen Wahl für angemessen erachtet wird.

Dasselbe gilt, wenn in den Fällen des § 14 ein Gemeindevorsteher zeitweise seines Amtes enthoben wird. Bei außerordentlichen Wahlen hat der stellvertretende Beigeordnete den Wahltag zu bestimmen.

§ 50.

Der Vorstand hat das Beste der Dorfgemeinde pflichtmäßig zu befördern.

Der Vorsteher, oder wenn deren mehrere sind, einer von ihnen, vertritt die Dorfschaft bei der Amtsgemeinde und erfüllt alle als Mitglied des Gemeinderaths ihm obliegende Verpflichtungen.

Der Vorstand sorgt für die gehörige Leitung der Prozesse.

Er verwahrt die auf die Gerechtsame der Dorfschaft bezüglichen Dokumente, Brieffschaften und Nachrichten, welche bei einem Dienstwechsel wohlgeordnet überliefert werden müssen.

Im Allgemeinen hat der Vorstand in seiner Dorfschaft auf Ruhe und Ordnung zu halten und die vorkommenden Verbrechen und Polizeivergehen zur Untersuchung und Bestrafung zu befördern.

Die ihm vom Fürstlichen Verwaltungsamte zugehenden Aufträge hat er pünktlich auszurichten und den Amtsunterbedienten auf Erfordern den nöthigen Beistand zu leisten.

Der Vorstand hat die Hirten, Nachtwächter und andere im Dienst der Gemeinde stehende Personen zu beaufsichtigen.

Ihm liegt die Anordnung der nächtlichen Patrouillen ob. In Brandfällen hat er, so lange kein Beamter anwesend ist, die Löschanstalten zu leiten. Die Feuerlöschgeräthschaften der Gemeinde sind seiner Aufsicht anvertraut.

Der Vorstand hat ferner darauf zu sehen, daß die Dorfwege, Wasserleitungen, Abzugsgräben und überhaupt alle zum gemeinen Besten dienende Anlagen stets in gutem Stande erhalten werden.

Ebenso liegt ihm die Aufsicht über die Gemeindegüter, insbesondere über die gemeine Hude, die Gemeindegüter zc. ob und hat er darauf zu achten, daß solche nicht geschmälert oder sonst beeinträchtigt, vielmehr sorgfältig erhalten, auch nach Möglichkeit verbessert und in zweckmäßigster Art benutzt werden.

Der Vorsteher hat die ihm durch Reichs- oder Landes-Gesetze oder Verordnungen sonst noch auferlegten Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. (Vergl. z. B. § 5 der Verordnung vom 23. Juli 1879, L. V. 17, S. 718).

§ 51.

Der Vorstand kann verlangen, daß seinen Anordnungen innerhalb der Grenzen seines Amtes ohne Widerrede die schuldige Folge geleistet werde. Ungehorsam oder Widersetzlichkeit sind auf desfallige Anzeige nachdrücklich zu bestrafen. Wer sich durch eine Verfügung des Vorstandes beschwert erachtet, kann, nachdem er zuvor Folge geleistet haben wird, seine Beschwerde beim Fürstlichen Verwaltungsamte anbringen.

In eiligen Fällen kann der Vorstand die für öffentliche und allgemeine Zwecke erforderliche Mannschaft im Reihedienst aufbieten.

Bei vorfallenden Verbrechen oder Vergehen ist er ermächtigt, die überführten oder muthmaßlichen Thäter, wenn deren Entweichung zu besorgen, verhaften und durch Schützen an das Fürstliche Verwaltungsamt abliefern zu lassen.

Die Amtspolizeidiener und Flurschützen haben sich auf ihren Rundgängen bei den Ortsvorstehern zu melden und deren Aufträge und Weisungen zu befolgen.

§ 52.

Ist eine Dorfskasse vorhanden oder sind für bestimmte Zwecke Gelder für die Dorfsgemeinde zu erheben und zu verrechnen, so liegt dem Vorstande die Rechnungsführung ob, und hat er auf Verlangen der Gemeinde Kaution zu leisten.

§ 53.

Dem Fürstlichen Verwaltungsamte ist jährlich vom Gemeindevorstande die Gemeinderechnung nach deren Abnahme durch den Gemeindevorstand zur Prüfung vorzulegen.

§ 54.

Die Beigeordneten werden unter Leitung des Gemeindevorstehers oder dessen Vertreters von dem Gemeindevorstande aus seiner Mitte auf solange erwählt, als sie Mitglieder des Gemeindevorstandes bleiben. Die Verpflichtung derselben geschieht durch das Fürstliche Verwaltungsamt.

Bei Vornahme der Wahl sind die Bestimmungen der §§ 45 und 46 zu beobachten.

Die Beigeordneten unterstützen den Vorsteher bei der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und haben insoweit

seinen Anweisungen nachzukommen. Sie können aber auch von ihm unter Zustimmung des Gemeindeausschusses mit der selbstständigen Verwaltung einzelner Bezirke oder einzelner Geschäftszweige, insbesondere mit dem Kassen- und Rechnungswesen beauftragt werden.

In Fällen der Verhinderung des Vorstehers und bei Erledigung des Dienstes desselben vertreten sie ihn, und zwar, wenn mehrere Beigeordnete vorhanden sind, nach einer von dem Gemeindeausschusse zu bestimmenden Reihenfolge.

Bei zeitweiser Erledigung des Dienstes des Vorstehers erhält dessen Vertreter die demselben zugebilligte Vergütung nach Verhältniß der Zeitdauer der Vertretung. Auch können sie eine billige, von dem Gemeindeausschusse festzusetzende Vergütung von dem Vorsteher verlangen, wenn ihnen einzelne Bezirke oder größere Geschäftszweige zur selbstständigen Verwaltung übertragen werden.



II. Amtsgemeindeordnung.

§ 1. (21) *

Bildung der Amtsgemeinden.

Die sämmtlichen Bewohner eines Amtes, ohne Rücksicht auf Exemption, bilden die Amtsgemeinde.

§ 2. (22)

Gemeinderath.

Die Amtsgemeinde wird vertreten durch den Gemeinderath, bestehend:

- a) aus je einem der Vorsteher sämmtlicher Bauerschaften;
- b) aus den Besitzern der im Amtsbezirke belegenen landtagsfähigen Rittergüter, welche sich durch ihre Vormünder so wie durch ihre Pächter oder Administratoren vertreten lassen können;
- c) aus den Pächtern oder Administratoren der daselbst belegenen herrschaftlichen Meiereien.

§ 3. (23)

Gemeinde-Vorstand.

Der Gemeinderath versammelt sich unter dem Voritze des Amtes, welches als Gemeindevorstand die laufenden Geschäfte zu besorgen hat.

* Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die §§ des Gesetzes vom . März 1841.

§ 4. (24)

Gemeindeangelegenheiten.

Die Wirksamkeit des Gemeinderaths erstreckt sich auf folgende Gemeindeangelegenheiten: A. Aufnahme neuer Gemeindeglieder. B. Verwaltung der örtlichen Polizei. C. Kirchen- und Schulsachen. D. Armenwesen und E. Gemeindehaushalt.

A.

Aufnahme neuer Gemeindeglieder.

§ 5. (25)

Verweisung auf das Heimathsgesetz.

Bei der Aufnahme neuer Gemeindeglieder sind die in dem heute erlassenen Heimathsgesetze ertheilten Vorschriften zu beachten.

§ 6. (26)

Verfahren.

Wer sich in einem Amtsbezirke, wo ihm bisher kein Heimathrecht zustand, niederlassen will, hat sich zunächst bei dem Vorstande der betreffenden Bauerschaft zu melden, welcher, wenn er bei der Aufnahme Nichts zu erinnern findet, eine Erklärung darüber ausstellt oder im andern Falle die entgegenstehenden Gründe bemerklich macht.

Wird die Niederlassung auf einer herrschaftlichen Meierei oder auf einem landtagsfähigen Rittergute beabsichtigt; so hat der Eigenthümer oder der dazu bevollmächtigte Pächter oder Administrator seine Zustimmung schriftlich zu erklären.

Der um die Aufnahme Nachsuchende hat sich sodann an das Amt zu wenden, demselben seine Legitimationspapiere vorzulegen und nach Befinden der Umstände einen Rezeptionschein zu gewärtigen.

In zweifelhaften Fällen hat der Gemeinderath über die Aufnahme zu entscheiden.

B.

Verwaltung der örtlichen Polizei.

§ 7. (27)

Allgemeine Bestimmung.

Die Handhabung der Polizei steht zwar nach wie vor den Aemtern zu; indeß hat der Gemeinderath mit dahin zu

wirken, daß in dem Amtsbezirke ein geordneter, gesitteter und gesicherter Rechtszustand stattfinde. Insbesondere gehören Straßen- und Wege-Polizei, Feuer-Polizei, Sitten-, Gesundheits- und Sicherheits-Polizei mit zu seinem Wirkungskreise.

§ 8. (28)

Wege-Polizei.

Der Gemeinderath hat dahin zu sehen, daß die Communicationswege im Umfange des Amtes nach Vorschrift der bestehenden Gesetze in gutem Stand gesetzt und darin erhalten werden.

Auch auf die gehörige Unterhaltung der vorhandenen Brücken, Stege, Abzugsgräben u. s. w. hat er sein Augenmerk zu richten.

§ 9. (29)

Feuer-Polizei.

Derselbe hat darüber zu wachen, daß die zur Abwendung von Feuergefährungen erlassenen gesetzlichen Vorschriften gehörig beachtet werden. Insbesondere hat er auf die Feuerlöschungsgeräthschaften und deren Unterhaltung sein Augenmerk zu richten.

§ 10. (30)

Amtsdiener oder Polizeidiener.

Zur Beförderung der Ordnung, Gesetzmäßigkeit und Sicherheit im Umfange des Amtsbezirks ist die erforderliche Anzahl von Amts- oder Polizeidienern anzustellen.

§ 11. (31)

Deren Anstellung.

Die Anstellung derselben, sowie die Festsetzung ihres Gehalts, steht dem Gemeinderath zu. Diese geschieht, auch wenn es nicht ausdrücklich bedungen sein sollte, stets mit dem Vorbehalt einer halbjährigen Loose.

§ 12. (32)

Eigenschaften.

Zu Amts- oder Polizeidienern müssen unbescholtene, des Lesens und Schreibens kundige Männer ausgewählt werden.

§ 13. (33)

Obliegenheiten.

Dieselben haben, ein jeder in dem ihm angewiesenen Bezirke, auf die Befolgung der bestehenden Polizeigesetze zu achten. Sie haben die Spuren der begangenen Verbrechen sorgfältig zu verfolgen und insbesondere auf Bettler, Vagabunden und anderes verdächtiges Gesindel ihr Augenmerk zu richten.

Die Amtsdienere führen zugleich die Aufsicht über die Feldfluren; Entwendungen und sonstige Flurerecse haben sie gebührend zur Anzeige zu bringen und zur Bestrafung zu befördern.

Die nähere Bestimmung ihrer Obliegenheiten bleibt der ihnen zu ertheilenden speciellen Instruction vorbehalten.

§ 14. (34)

Beaufsichtigung.

Die Amtsdienere stehen unter der Aufsicht und Controle des Amtes und des Gemeinderaths. Sie haben sich auf ihren Rundgängen bei den Dorfsvorstehern zu melden und deren Weisungen zu befolgen.

C.

Kirchen- und Schulsachen.

§ 15. (35)

Cocurrenz der Gemeinden.

Kirchen und Schulen gehören zu dem Verwaltungszweige der geistlichen Behörden, indeß werden die Gemeindebehörden sich angelegen sein lassen, diese für die Volksbildung und die allgemeine Wohlfahrt so wichtigen Institute zu unterstützen und ihr Gedeihen auf alle Weise zu befördern.

Nach der Verordnung vom 16. Mai 1827 (§ 12) müssen bei wichtigen Bauten, deren Kosten durch besondere Gemeindeumlagen aufzubringen sind, die Vorsteher der theiligten Dorfschaften zur Berathung und Beschlußnahme zugezogen werden. Dieselben werden in Fällen dieser Art gleichmäßig dahin streben, daß auf der einen Seite die Gemeinden nicht überlastet, daß auf der andern Seite aber

auch die kirchlichen und Schulgebäude in einem ihrer hohen Wichtigkeit entsprechenden untadelhaften und würdigen Zustande erhalten werden.

Die Kirchen- und Schulrechnungen sind dem Gemeinderath auf dessen Ersuchen zur Einsicht mitzutheilen.

D.

§ 16. (36)

Armenwesen.

Die vorhandenen Armenmittel, einschließlich der freiwilligen milden Beiträge, werden von dem Armenvorstande unter der Leitung des Pfarrers in der bisherigen Art verwaltet und unter die Armen des betreffenden Kirchspiels nach dem Grade ihrer Hilfsbedürftigkeit vertheilt.

Dem Gemeinderathe bleibt die Einsicht der Armenrechnung unbenommen, welche ihm zu dem Ende auf Verlangen mitzutheilen sind.

Insofern die vorhandenen Armenmittel dazu außer Stande sind, muß die Gemeinde ihren verarmten Mitgliedern die erforderliche Unterstützung gewähren.

E.

Gemeinde-Haushalt.

§ 17. (37)

Amts-Gemeindekasse.

Zur Bestreitung der den Amtsgemeinden obliegenden Ausgaben wird in jedem Amte eine Amtsgemeindekasse gebildet.

§ 18. (38)

Fundirung derselben.

a. Hundesteuer.

Die bisher auf dem platten Lande bestandenen Polizeikassen sind mit den Amtsgemeindekassen zu verschmelzen. In die letzteren fließt demnach hinführo die den ersteren durch die Landesherrlichen Verordnungen vom 17. Februar 1829 und 21. Mai 1833 überwiesene Hundesteuer.

§ 19. (39)

b. Straf gelder.

Derselben werden ferner die für Feld- und Flurexcesse, so wie alle durch das Heimathsgesetz angedroheten und wirklich eingehenden Straf gelder überwiesen.

Im Falle der Unbeitreiblichkeit ist die Geldstrafe zum Vortheil der Amtsgemeinde in Strafarbeitstage zu verwandeln, dergestalt, daß für je 10 Mgr. Strafe ein Arbeitstag gerechnet wird.

§ 20. (40)

c. Gemeinde-Umlage.

Der weitere Bedarf wird durch Gemeinde-Umlagen aufgebracht, und zwar nach dem Contributions-Fuße, insofern sich nicht wenigstens zwei Drittel des Gemeinderaths über einen anderen Steuerfuß vereinigen. Herrschaftliche Meiereien so wie ritterschaftliche und andere eximirte Güter sind dazu gleichmäßig heranzuziehen.

Bevor eine Gemeindesteuer veranlagt wird, ist darüber zur Genehmigung an die Regierung zu berichten.

§ 21. (41)

Ausgaben der Amtsgemeinde.

Aus der Amtsgemeindekasse sind alle zufolge des gegenwärtigen Gesetzes den Amtsgemeinden obliegenden Ausgaben zu bestreiten.

§ 22. (42)

Kosten der Polizeiverwaltung.

Dahin gehören die Kosten der Polizeiverwaltung, namentlich die Gehalte der Amtsdienner, so wie die bisher aus den Polizeikassen bestrittenen Kosten der Arrestation, der Verpflegung und des Transports von Bettlern, Vagabunden u. s. w.

Die dem Amtspersonal für die Abhaltung der Flurgerichte zustehenden Diäten, sowie die den Unterbedienten durch die Verordnung vom 20. April 1824 für die Vorladung zu den Impf-Terminen zugesicherten Gebühren erfolgen instinkünftige aus der Amtsgemeindekasse.

Auf dieselbe sind auch sonstige für allgemeine polizeiliche Zwecke, wie z. B. für die Visitation der Pleggen, sich nöthig machende Ausgaben anzuweisen.

§ 23. (43)

Unterhaltung der Feuerlöschungs-Geräthschaften.

Die Sprützen, mit Allem, was zu ihrer Ausrüstung gehört, so wie die Sprützenhäuser, werden auf Kosten der Brandasscuranzkasse unterhalten.

Alle sonstigen, die Verminderung der Feuersgefahr bezweckenden Anstalten und Geräthschaften sind von den

Gemeinden zu unterhalten und zu ergänzen. Es bleibt dem Ermessen des Gemeinderaths überlassen, ob die desfalligen Kosten auf die Amtsgemeindekasse oder von jeder einzelnen Dorfschaft übernommen werden sollen.

In dem einen wie in dem andern Falle ist jedoch dafür zu sorgen, daß jene Geräthschaften und Anstalten stets in einem untadelhaften Stande erhalten werden.

§ 24. (44)

Unterhaltung der Wege.

Die Unterhaltung der Communications- und Vicinalwege liegt den durch die Verordnung vom 10. December 1833 dazu verpflichteten Interessenten ob.

Es bleibt jedoch dem Ermessen des Gemeinderaths überlassen, die Wegebaukosten und andere Ausgaben für gemeinnützige Zwecke auf die Amtsgemeindekasse zu übernehmen.

§ 25. (45)

Rechnungsführer.

Die Rechnungsführung liegt dem Hebungsbeamten ob, kann jedoch nach Befinden der Umstände auch andern dazu qualifizirten Personen übertragen werden. Der Rechnungsführer bezieht für seine Bemühung drei Prozent der laufenden Einnahme, sofern der Gemeinderath mit demselben keine andere Vereinbarung trifft. (Von angeliehenen und zurückgezahlten ausgeliehenen Geldern werden keine Hebungsgebühren berechnet.)*

§ 26. (46)

Rechnungsstellung.

Die Rechnung geht von Neujahr zu Neujahr und ist in den drei ersten Monaten nach Ablauf des Jahres aufzustellen und sodann sammt den Belegen dem Gemeinderathe zur Revision vorzulegen.

§ 27. (47)

Einsendung an die Regierung.

Nach vollzogener Revision ist dieselbe mit den Belegen und den Revisions-Verhandlungen zur Superrevision an die Regierung einzusenden, welche die Erledigung der sich ergebenden Erinnerungen befördert. Hiernächst wird der Gemeinderath dem Rechnungsführer Decharge ertheilen.

* Der eingeklammerte Satz ist laut Landtagsbeschluß vom 27. Mai 1893 angefügt worden.

§ 28. (48)

Voranschlag.

Der Rechnung liegt ein Voranschlag zu Grunde, welcher im Herbst jeden Jahres für das nachfolgende Jahr aufzustellen und dem Gemeinderathe zur Prüfung und Festsetzung vorzulegen ist.

§ 29. (49)

Kautio des Rechnungsführers.

Die Kautio, welche der Hebungsbeamte zur Sicherheit der Staatskassen bestellt hat, kommt der Amtsgemeindekasse gleichmäßig zu Statten.

Wird ein anderer Rechnungsführer angestellt, so hat derselbe eine besondere von dem Ermessen des Gemeinderaths abhängige Kautio zu leisten.

§ 30. (50)

Beitreibung der Gemeindesteuern.

Alle an die Amtsgemeindekasse zu entrichtenden Steuern und Abgaben werden für executorisch erklärt, so daß der Rechnungsführer ohne Weiteres die Beitreibung verfügen und solche den Amts- oder Polizeidienern auftragen kann. Im Falle eines Konkurses sind die Gemeindesteuern gleich andern öffentlichen Abgaben in die erste Klasse zu lociren.

Geschäfts-Ordnung.

§ 31. (51)

Leitung der Geschäfte.

Die Aufsicht und Leitung aller Gemeindeangelegenheiten liegt dem Amte ob, welches nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes die laufenden Geschäfte zu besorgen und die von dem Gemeinderath gefaßten Beschlüsse, sowie die von der Regierung ergehenden Verfügungen, zur Ausführung zu bringen hat.

§ 32. (52)

Obliegenheiten und Befugnisse des Gemeinderaths.

Der Gemeinderath hat im Allgemeinen das Beste der Amtsgemeinde thunlichst zu befördern und Schaden von derselben abzuwenden.

Insbefondere liegt ihm die Revision des Rechnungswesens, so wie die Kontrolle der Einnahme und Ausgabe ob. Außerordentliche Ausgaben, welche sich nicht auf den Voranschlag oder auf eine Verfügung der Regierung gründen, bedürfen seiner Zustimmung.

Er beschließt wegen der zu veranlagenden Gemeindesteuern und befördert die Genehmigung der Regierung.

Die Anstellung der Amtsdienner, sowie die Bestimmung ihres Gehalts, hängt von dem Gemeinderath ab.

Es bedarf seiner Zustimmung, wenn für Rechnung und auf Gefahr der Amtsgemeinde Prozesse geführt oder Vergleiche abgeschlossen werden sollen.

Dem Gemeinderathe bleibt es unbenommen, etwaige Beschwerden oder gemeinnützige Vorschläge bei der Regierung anzubringen und die Entschließung darauf zu befördern.

Derselbe hat alljährlich über seine Wirksamkeit einen General-Bericht an die Regierung zu erstatten.

§ 33. (3)

Versammlungen des Gemeinderaths.

a. Regelmäßige.

Der Gemeinderath versammelt sich regelmäßig zwei Mal des Jahrs, ein Mal im Frühjahr und das andere Mal im Herbst.

In der Frühjahrsversammlung muß die Rechnung des vorhergehenden Jahrs, in der Herbstversammlung aber der Etat für das nächstfolgende Jahr zur Prüfung vorgelegt werden.

§ 34. (54)

b. Außerordentliche Versammlungen.

Das Amt kann, so oft es die Umstände erfordern, den Gemeinderath außerordentlich zusammenberufen. Es ist dazu verpflichtet, sobald drei Mitglieder des Gemeinderaths darauf antragen.

§ 35. (55)

Ort und Zeit.

Der Gemeinderath versammelt sich der Regel nach an dem Orte des Amtssitzes, in dem vom Amte bestimmten Lokal und zu der von diesem bestimmten Zeit.

§ 36. (56)

Einladung. Eröffnung.

Das Amt hat die betreffenden Dorfsvorsteher, so wie die übrigen Mitglieder des Gemeinderaths (§ 22) durch die Amtsdienner zeitig zu den Versammlungen einladen zu lassen.

Um die Sitzung des Gemeinderaths eröffnen zu können ist die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder erforderlich. Sollte sich diese Anzahl nicht eingefunden haben, so wird auf Kosten der ohne hinreichende Entschuldigung ausgebliebenen Mitglieder ein anderer Termin angesetzt.

§ 37. (57)

Vortrag. Abstimmung.

Der vorsitzende Beamte eröffnet die Sitzung mit einem Vortrage, worin er die zur Berathung und Beschlußnahme vorliegenden Gegenstände auseinandersetzt. Es bleibt hiernächst jedem Mitgliede überlassen, gemeinnützige Vorschläge zu eröffnen und die Abstimmung darüber zu befördern. Die letztere geschieht nach einfacher Stimmenmehrheit. Bei gleicher Vertheilung der Stimmen entscheidet diejenige des vorsitzenden Beamten.

§ 38. (58)

Feststellung gleichförmiger Grundsätze.

In den Versammlungen des Gemeinderaths ist ein Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß in den Gemeindeangelegenheiten nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren und auf thunlichste Sparsamkeit Bedacht genommen werde.

§ 39. (59)

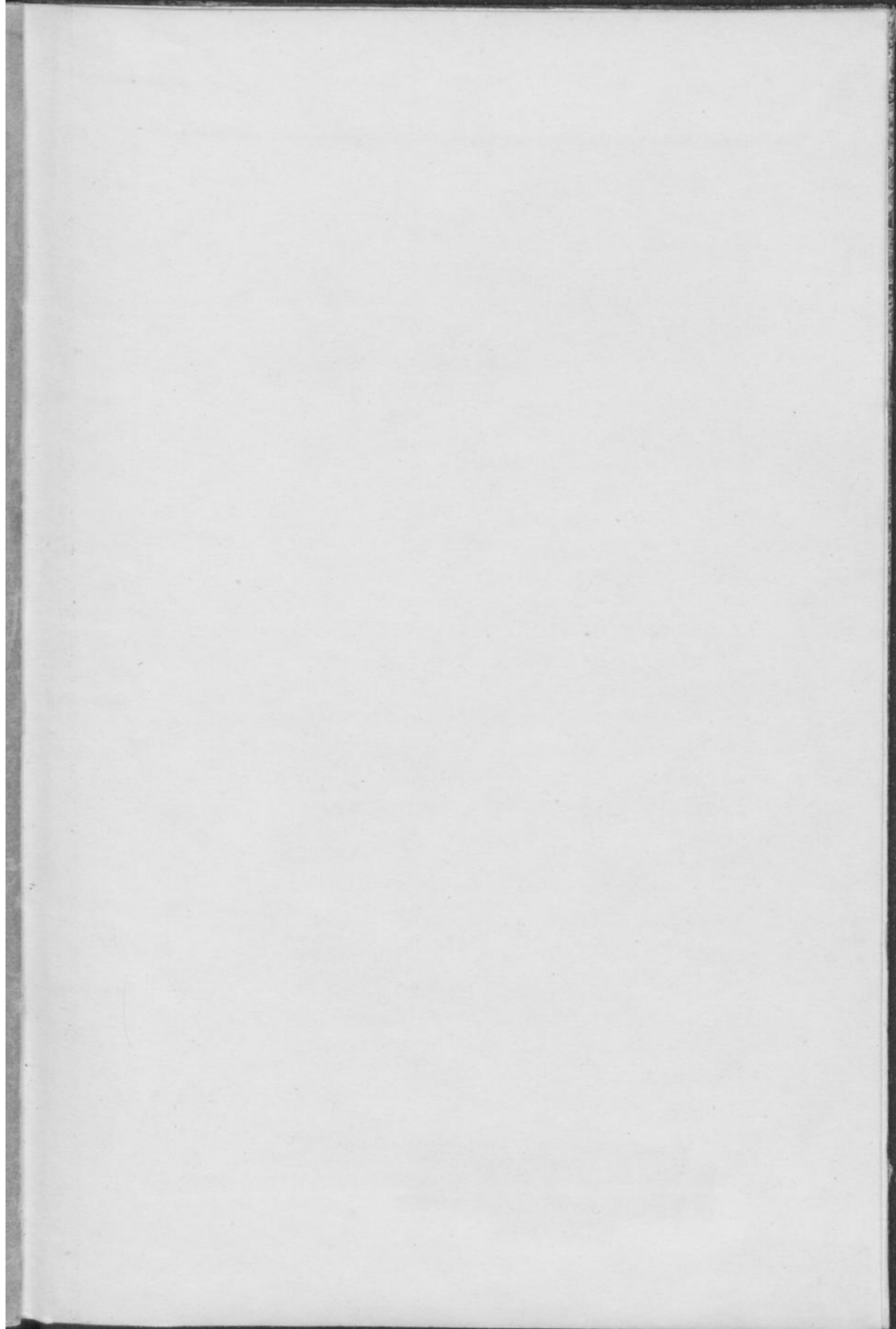
Protokoll.

Ueber die stattgefundenen Verhandlungen ist ein Protokoll aufzunehmen, welches die gefaßten Beschlüsse kurz und deutlich enthalten muß. Den Mitgliedern des Gemeinderaths ist auf etwaiges Verlangen eine Abschrift mitzutheilen.

§ 40. (60)

Rekurs.

In allen Gemeindeangelegenheiten geht der Rekurs an die Regierung, deren Entscheidung zu befolgen ist. — Die Eröffnung des Rechtsweges ist nur dann zulässig, wenn die Klage sich auf einen speziellen privatrechtlichen Titel gründet. Ueber allgemeine Verwaltungsgrundsätze und deren Anwendung steht den richterlichen Behörden keine Entscheidung zu.



853 8620

Lippische Landesbibliothek



04371263



